Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 290 | Sonntag, den 21. Oktober 1934 | Jahrgang 1934

Der Sowjetbürger wählt.

Von unserem Moskauer Mitarbeiter.

Moskau, im Oktober.

Etwa 90 Millionen wahlberechtigter Sowjetbürger gehen im Laufe der nächsten Wochen zu den Wahlen. In allen Teilstaaten der Sowjetunion in Europa und Asien stehen in dieser Zeit die Wahlen im Mittelpunkt des Interesses. Eine Neuauffüllung der Sowjets findet statt, angefangen von der Unterstufe der Dorfsowjets über die Stadtsowjets und die entsprechenden Bezirksorgane bis zu den höchsten Stufen der Sowjetkörperschaften. Und wenn im Dezember diese Wahlen zum Abschluß gelangt sind, dann folgt die Wahl der Deputierten zum großen Sowjetkongreß, der im Januar 1935 in Moskau zusammentritt.

Das Interesse der maßgebenden Kreise in der Partei und in der Regierung und ebenso das Interesse der ihnen untergeordneten Sowjetpresse richtet sich vorläufig vor allem auf die Dorfsowjets. Die für die Handhabung der Wahlen ausgegebenen Richtlinien und die kommentierenden Presseartikel erörtern die Wahlen im Dorf weit mehr als alle anderen. Das ist begreiflich, denn die ländlichen Wahlen sollen diesmal eine Art von Examen der Bauern bilden. Es handelt sich bei ihnen nicht nur um die Entsendung von im Sinn der Partei zuverlässigen Deputierten in die neu zu bildenden Sowjets, sondern es soll auch im Wahlresultat die Zustimmung der Bauernschaft zu der Kollektivierung der Landwirtschaft zum Ausdruck kommen. Seit den letzten Wahlen hat die Kollektivierung sehr große Gruppen der Bauern neu erfaßt, und der Ausgang der Wahlen soll jetzt, so hofft man in Moskau, durch Entsendung einer überwältigend großen Zahl von politisch zuverlässigen Kollektivbauern in die Sowjets eine Bejahung der Kollektivierungsidee darstellen. Darum sind so strenge Vorschriften über „Wachsamkeit" bei den Wahlen ausgegeben worden, darum auch die Warnungen vor den „Schleichwegen der Kulaken". Unter letzteren werden ja längst nicht mehr wie ehemals wohlhabende Großbauern verstanden, sondern die nicht bedingungslos unterwürfigen Bauernschichten. Das sind einerseits diejenigen Bauern, die zwar in den Kollektiven leben, aber so weit möglich Kritik am System und passive Resistenz gegen die Getreideablieferung an den Staat üben. Andererseits diejenigen Einzelbauern, die nicht nur am System der Einzelwirtschaft festhalten, sondern auch der weitergehenden Kollektivierung entgegenzuwirken versuchen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß diese Gruppen irgendwelche beachtlichen Erfolge bei den Wahlen erringen werden. Es ist dafür gesorgt, daß die formell vorhandene Wahlfreiheit sich nicht anders betätigen kann, als daß allenfalls einige Kulaken in die Dorfsowjets eingeschmuggelt werden, die sich in der Oeffentlichkeit als parteifromm zu zeigen verstehen. Im ganzen aber heißt es jedenfalls im Sinn der maßgebenden Stellen: Wahlfreiheit, die ich meine!

In den Städten gibt das Proletariat den Ausschlag, das von oben noch besser übersehen und geleitet wird als die Bauern. Wenn hier wider den Stachel gelöckt werden soll, so müßte sich zuerst eine Leitung der Ungehorsamen organisieren. Diese könnte nach Lage der Dinge nur aus Anhängern der innerparteilichen Opposition bestehen. Aber der letzte Parteikongreß im Januar d. J. hat ja gezeigt, wie eingeschüchtert die Opposition ist, die „Trotzkisten" sowohl wie die „Rechtsopportunisten". Wenn sie noch etwas zu unternehmen gewillt ist, was sehr unwahrscheinlich ist, so muß sich das schon in allernächster Zeit zeigen. Denn vor den großen Kongressen der Partei und der Sowjets pflegte ja früher die „Diskussion" zu entbrennen, die die führenden Geister des maßgebenden Kreises und der Opposition aufeinander platzen ließ.

Der Sowjetkongreß im Januar 1935 ist der erste nach einer Pause von dreieinhalb Jahren. Die Länge dieser Pause hängt zum Teil mit der Oppositionsfrage zusammen. Nach den letzten Auseinandersetzungen wollte die Parteileitung eine Beruhigung eintreten lassen und mit der Opposition abrechnen. Das ist denn auch bekanntlich sehr gründlich geschehen. Heute hört man nichts mehr von der Opposition, abgesehen von einzelnen Ausfällen der Sowjetpresse, die hier und da bürokratische Schlamperei in den Behörden oder Nichteinhaltung der Vorschriften über die Getreideablieferung mit der ideologisch oppositionellen Einstellung der Schuldigen begründen will. Die Führer der Opposition, ein Bucharin, ein Rykow usw., haben nach ausgiebigen Reuebekenntnissen ihren Frieden mit der Parteileitung gemacht. Nach langem Zögern hat auch Rakowski als letzter der prominenten Oppositionellen diesen Weg beschritten und nunmehr wird er sogar in diplomatischer Mission in Tokio verwendet. Was „Herrn Trotzki" betrifft, so wird er überhaupt kaum mehr beachtet. Unter diesen Umständen dürfte der Sowjetkongreß also kaum irgendwelche Unstimmigkeiten zeigen.

In der Auslandspresse sind in letzter Zeit Stimmen laut geworden, die die im Zusammenhang mit den Sowjetwahlen erlassenen Verordnungen als erste Anzeichen einer Wendung der Sowjetregierung und der Parteileitung zu einer Milderung des Systems ausdeuten wollen. Sie beziehen sich dabei auf die „Gnadenaktion", die Tausenden von verbannten Kulaken die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre ehemaligen Wohnbezirke gibt. Diese Maßnahme darf aber gewiß nicht als Nachgiebigkeit gegenüber der kulakischen Schicht der Bauernschaft angesehen werden. Es dürfte sich vielmehr um eine Maßnahme handeln, die zur weiteren Einschüchterung der Bauernschaft bestimmt ist, soweit diese noch ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben versucht. Man hat ja nur solche Kulaken begnadigt, die „durch ehrliche Arbeit für den Sowjetstaat und bedingungslose Unterwerfung" sich hervorgetan haben. Zermürbt und nicht mehr fähig zu irgendeinem Widerstande kehren diese „Begnadigten" nunmehr in ihre ehemaligen Wohnstätten zurück, wo sie als abschreckendes Beispiel dienen sollen, da ihre Mitbauern aus ihrem Schicksal ersehen können, wie der Widerstand gegen die Generallinie der Partei gebrochen wird.

Bisher liegen in Moskau nicht viele Berichte über die Vorbereitungen zu den Wahlen vor. Was die Presse aber darüber veröffentlicht, läßt schon jetzt erkennen, daß die Wahlen unter schärfster Kontrolle der Parteiorgane stattfinden werden, wie es bisher immer der Fall gewesen ist.

Kleine Entente und Balkanbund zur Mordtat von Marseille.

Eine ernste, aber friedliche Kundgebung.

DNB **Belgrad,** 20. Oktober.

Der Rat der Kleinen Entente und der Balkanbund haben am Freitag abend zwei gleichlautende Verlautbarungen veröffentlicht. In der einen Verlautbarung sind lediglich die Worte Kleine Entente durch Balkan-Entente ersetzt worden. In der Verlautbarung heißt es u. a.:

„Angesichts der tragischen Ereignisse, die kürzlich Südslawien und Frankreich betroffen haben, hat der geschäftsführende Präsident der Kleinen Entente den ständigen Rat für den 19. Oktober zu einer außerordentlichen Sitzung nach Belgrad einberufen. Gleichzeitig mit der Prüfung der allgemeinen politischen Lage befaßte sich der Rat mit den Einzelheiten der Mordtat von Marseille.

Er ist zu dem Ergebnis gelangt, daß es sich dabei um ein Verbrechen handelt, das in das Gebiet der Außenpolitik gehört, da es unter dem Einfluß von Kräften begangen worden ist, die jenseits der Grenzen tätig sind. In der Tat hat sich in der letzten Zeit eine große Anzahl von terroristischen Akten ereignet, deren Ziel darin bestand, gewisse Länder in ihrer internationalen Stellung zu gefährden oder Staaten, die kürzlich zu einer nationalen Einheit gelangt sind, ihrer erprobtesten Diener zu berauben.

Diese internationale Anarchie hat ihren Höhepunkt in dem Tode des großen Königs erlangt, der von allen geliebt und geehrt wurde. Der Ständige Rat der Kleinen Entente hält es in der gegenwärtigen Lage für

notwendig, daß alle Staaten ohne Ausnahme in einem Geiste des Friedens und mit Ruhe und Objektivität zusammenarbeiten, damit die gegenwärtigen Verantwortlichkeiten festgelegt werden können.

Ebenso hält er es erforderlich, daß Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, in Zukunft die Wiederholung derartiger Taten zu verhindern. Der Ständige Rat der Kleinen Entente ist der Ansicht, daß sich ernstere Konflikte ereignen werden, falls tatsächlich internationale Maßnahmen nicht getroffen würden oder falls man Maßnahmen nicht mit aller Loyalität und allem guten Willen anwenden würde.

Die Regierungen der Staaten der Kleinen Entente erklären feierlich ihre völlige Solidarität mit Südslawien; sie verpflichten sich, mit wachsender Genauigkeit alle vertraglichen Bindungen einzuhalten und mit unermüdlicher Energie die Politik fortzuführen, die sie bisher verfolgt haben. Der Ständige Rat der Kleinen Entente hat sich im königlichen Palast in Belgrad dem König Carol und dem Prinzen Paul vorgestellt, um ihm die Ergebnisse seiner Arbeiten zu unterbreiten. König Carol und Prinz Paul haben die Entschlüsse des Rates gern gebilligt.

Beim Empfang des Außenministers des Balkanbundes im königlichen Schloß in Belgrad begrüßte der griechische Außenminister Maximos König Carol von Rumänien und das Mitglied des Regentschaftsrates Prinz Paul mit einer längeren Ansprache. Die nächste ordentliche Zusammenkunft des Rates des Balkanbundes wird zum festgesetzten Zeitpunkt, nämlich am 30. Oktober 1934, stattfinden.

Die Belgrader Verhandlungen im englischen Urteil.

£ **London,** 20. Oktober.

Der „Times"-Berichterstatter in Belgrad sagt zu der Erklärung der Kleinen Entente, sie sei kraftvoll, aber nicht sensationell. Ihre ernsteste Note sei der Hinweis auf die Folgen einer Fortdauer der gegenwärtigen Mordepidemie. Die südslawische Regierung habe bisher kein Material an den Völkerbund gesandt und werde die Beendigung der französischen Untersuchung abwarten, bevor sie über ihre weiteren Schritte Beschluß fasse. Es werde immer deutlicher, daß die Mordtat von Marseille eine störende Wirkung auf die außenpolitischen Beziehungen in Europa ausgeübt habe, die sowieso teilweise gespannt waren.

In den französisch-südslawischen Beziehungen habe es seit Jahren zunehmends Ursachen von Reibungen gegeben:

den Glauben, daß Frankreich die Wiedereinsetzung der Habsburger in Oesterreich begünstige, den Viermächtepakt und die Annäherung Frankreichs an Italien, die wegen der politischen Ziele Italiens Verdacht errege. Der Berichterstatter sagt,

unter diesen Umständen sinde das Argument Deutschlands, daß die deutsch-südslawischen Beziehungen in keinem Punkt einander widersprächen, in Südslawien zunehmende Gunst.

Es sei zwar richtig, daß es gegenwärtig keine Aenderung in der Politik gebe. Aber wenn die Entwicklung in der gegenwärtigen Richtung weiter gehe, werde das in einem Jahre vielleicht nicht mehr wahr sein. Viel werde von der inneren Entwicklung in Südslawien abhängen.

General Göring sei am Freitag einer der rührigsten Männer in Belgrad gewesen. Während das Volk ihn auf den Straßen mit Beifallsrufen begrüßt habe — er sei unzweifelhaft während der letzten Tage der Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gewesen — habe er dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes Besuche abgestattet und sei später von der Königin empfangen worden.

Der Berichterstatter des „Daily Herald" in Belgrad meldet seinem Blatt: General Göring hatte während seines Besuches in Belgrad einen großen persön-

Die günstige Finanzentwicklung im Reich.

Aufschlußreicher Bericht des Konjunkturforschungsinstituts.

Berlin, 20. Oktober.

Die vom Staatssekretär Reinhardt angeschnittene Frage der Haushaltsbalancierung im laufenden Geschäftsjahr findet eine klare und sehr eindringliche Beantwortung in dem Wochenbericht des Konjunkturforschungsinstitutes.

Die darin aufgezählten Ein- und Ausgaben des Reiches weisen zum ersten Mal seit langer Zeit in dem Vierteljahr vom April bis Juli einen Ueberschuß von 6,8 Mill. Mk. aus. In dieser gleichen Zeit des Vorjahres betrug das Defizit noch 29,5 Mill. Mk. Dieser Ueberschuß ist erreicht worden trotz einer Fülle außerordentlicher Ausgaben, auf die auch bereits das Reichsfinanzministerium hingewiesen hatte. Da sind die Zuschüsse für den Freiwilligen Arbeitsdienst in Höhe von 105 Mill. Mk. In den wenigen Monaten konnte das Reichsfinanzministerium nicht weniger als 266 Millionen Mk. Steuergutscheine oder 93 Proz. der für das ganze Jahr vorgesehenen Entlastungssumme zurückzahlen. Das Institut berechnete ferner eine Ausgabe von 310 Mill. Mk zur Einlösung der Reichsarbeitsbeschaffungswechsel. Wenn man diese Summe überblickt, erscheint der wenn auch geringe Ueberschuß doppelt bedeutsam.

Die umlaufenden Steuergutscheine konnten durch die vorgenommenen Zurückzahlungen von 1,36 auf 1,18 Milliarden vermindert werden. Der Reichshaushalt rechnete im Steuervoranschlag für das laufende Geschäftsjahr mit einem Mehreinkommen aus Steuern in Höhe von 350 Millionen Mark. Nach den bisherigen Einkünften im ersten halben Jahr steht ein Mehreinkommen von mindestens 5 Prozent über den Voranschlag hinaus fest. Insgesamt würde nach den Berechnungen des Konjunkturforschungsinstituts der Voranschlag zusammen mit der Verminderung der Unterstützungszahlungen für die Arbeitslosen um 1½ Milliarden niedriger ausfallen als im vorigen Jahre. Das Reich erzielte nämlich nicht nur eine höhere Steuereinnahme, sondern die Mehreinnahmen aus Vermögensbeständen und Anleihen betrugen allein in den ersten vier Monaten 340 Mill. Mark.

Gegenüber den vielen Verleumdungen über den Rückgang der Erwerbslosenziffer sollte man eigentlich nur die Haushaltungszahlen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ins Treffen führen. Die Aufwendungen für alle drei Gruppen von Unterstützten gingen nämlich bisher von 907 auf 480 Mill. Mk., d. h. um 47,1 Proz. zurück. Im Vorjahre mußten insgesamt 2,2 Milliarden Mark unter starker Inanspruchnahme der Mittel des Reichsfinanzministeriums für die Erwerbslosen aufgebracht werden. In diesem Jahre wird man nur nicht einmal die mit 1,4 Milliarden Mark ausgesetzte Unterstützungssumme erreichen, obgleich die Reichsanstalt keine Reichshilfe mehr erhält, sondern zusammen mit den Gemeinden die notwendigen Summen aufbringt. Der Ueberschuß der Reichsanstalt betrug in den Monaten April bis August 177,8 Mill. Mark. Es war infolge dieser ungewöhnlich günstigen Gestaltung möglich, den Fond für die Grundförderung öffentlicher Arbeiten von 204,5 Mill. Mk im Vorjahre auf 310 Mill. Mk. zu erhöhen. Die Reichsanstalt konnte also in diesem Jahr zum ersten Mal ihren Verpflichtungen aus eigener Kraft nachkommen und darüber hinaus noch eine wertvolle Reserve ansammeln, die in den entscheidenden Monaten des Frühjahres bei der Inangriffnahme von Arbeiten unter freiem Himmel sehr erfreulich in Erscheinung treten wird.

Die Flottenbesprechungen in London beginnen.



Ankunft der Japaner. Links: der japanische Botschafter und Hauptbevollmächtigte für die Besprechungen, Matsudeira, rechts neben ihm Admiral Yamamota, der japanische Marinesachverständige, und neben ihm der englische Admiral Dickens, der die Japaner empfing. Auf der Flottenkonferenz sind die Japaner neben den Engländern und Amerikanern die wichtigsten Verhandlungspartner, weil sie mit Nachdruck an ihrer Forderung festhalten, künftig ebenso starke Flotten zu besitzen, wie England und Amerika.

lichen Erfolg. Ueberall wurde er vom Volk mit begeisterten Zurufen begrüßt. In diplomatischen Kreisen wird ganz offen davon gesprochen, daß Italien, wenn es seine Bestrebungen nach einer Vormachtstellung auf dem Balkan und seine Einmischung in Zentraleuropa fortsetze, vielleicht Südslawien in die ausgebreiteten Arme Deutschlands treiben werde.

Der Berichterstatter der „Morningpost" in Belgrad meldet, ein Mitglied der Regierung habe ihm erklärt:

„Südslawien wird wegen der Ermordung des Königs Alexander keine direkte Aktion gegenüber irgendeiner fremden Macht unternehmen. Alles, was Südslawien etwa beschließen sollte, wird in eingehender Beratung mit seinen Verbündeten und Nachbarn und mit vollem Wissen der anderen europäischen Mächte geschehen."

Der Berichterstatter bemerkt, durch diese Erklärung würden die Kriegswolken und die Gefahren einer direkten Aktion weggeweht. Es könne somit zuversichtlich gehofft werden, daß die Tragödie von Marseille keine Folgen von der Art der Tragödie von Serajewo haben werde.

Eine Rede Sir John Simons.

Der Mord von Marseille und seine Auswirkungen für Europa.

£ **London,** 20. Oktober.

In Northampton wurde eine Kundgebung zur Unterstützung der Politik der britischen Regierung veranstaltet, bei der Sir John Simon eine Rede hielt. Er kam dabei u. a. auf das Verbrechen von Marseille zu sprechen und schilderte die Haltung Großbritanniens zu den politischen Fragen Europas. Sir John Simon verglich die Lage wie sie sich aus dem Morde von Serajewo ergab, mit der gegenwärtigen Lage. Er erklärte, was sich nach Serajewo ereignet habe, könne sich jetzt nicht wiederholen, denn der Einfluß und die Entschlüsse aller Staatsmänner Europas würden, so stehe zu hoffen, darauf verwandt werden, auch nur die entfernteste Möglichkeit dieser Art zu unterbinden. Man habe jetzt die bitteren Erfahrungen eines vierjährigen Krieges zur Verfügung und man überzeugte sich nicht nur von der Schrecklichkeit, sondern auch von der Nutzlosigkeit eines solchen Gemetzels.

Simon fuhr dann fort: Schon vor dem Verbrechen von Marseille haben wir mit großer Befriedigung die Rede Mussolinis vom 6. Oktober in Mailand zur Kenntnis genommen, in der er die Absicht der italienischen Regierung bekannt gab, mit den Nachbarn Italiens und besonders mit Frankreich und Südslawien zu einer Vereinbarung und zu einem Bündnis zu gelangen. Die Gefühle, denen damals Mussolini Ausdruck verlieh, sind jetzt nach dem Tode König Alexanders um so wertvoller, als er keinen Augenblick daran zweifelt, daß sie auch jetzt noch der Inhalt der Politik der italienischen Regierung sind. Der Besuch König Alexanders in Frankreich war in Wirklichkeit ein Unternehmen, das als ein neuer Meilenstein auf dem Wege zu einer allgemeinen Entente zu betrachten ist, so wie sie von Mussolini skizziert worden war. Die Politik Großbritanniens ist in diesen traurigen Tagen ständig darauf gerichtet gewesen, ohne natürlich eine neue Verpflichtung irgend welcher Art einzugehen, zur Geduld und zur Mäßigung in jeder Hinsicht zu raten. Insofern die Freunde des Friedens standhaft bleiben, so haben wir die Gewißheit, daß es im Interesse des ganzen Europas liegt, wenn man die schwere Aufgabe der neuen Regierung erleichtern hilft. Wir haben ferner die Gewißheit, daß ein starkes, einiges, blühendes und zufriedenes Südslawien dem Interesse Europas am meisten entspricht.

„Times" meldet aus Rom, daß der englische Unterstaatssekretär des Aeußeren Sir Robert Vansittart, der sich auf Ferien in Italien befindet, gegenwärtig als Gast des britischen Botschafters Sir Eric Drummond in der britischen Botschaft in Rom wohnt. „Times" fügt hinzu, der Unterstaatssekretär habe den leitenden Beamten des italienischen Außenministeriums Höflichkeitsbesuche abgestattet.

Englische Nachrufe für Generaloberst von Kluck.

DNB **London,** 20. Oktober.

Der Tod des Generalobersten von Kluck wird in der ganzen Presse an hervorragender Stelle gemeldet. Der Verstorbene hatte in England eine wirkliche Volkstümlichkeit besessen als Führer der 1. Armee, gegen die die britische Expeditionsstreitmacht im August 1914 bei Mons und Le Cateau zu kämpfen hatte. In den Nachrufen wird seinem Charakter und seiner Tapferkeit große Anerkennung gezollt.

Der britische Brigadegeneral Spears sagte am Freitagabend in einer Rundfunkrede u. a.: Generaloberst von Kluck wird den englischen und französischen Soldaten, die in den ersten Tagen des Krieges gekämpft haben, als ein großherziger Feind im Gedächtnis bleiben. Er war ein großer Mann, tapfer und ein guter Kämpfer.

Verständnislosigkeit der Saarregierung.

Sie lehnt Organisation des Winterhilfswerkes ab.

DNB **Saarbrücken,** 20. Oktober.

Wie im Vorjahre, so sollte auch in diesem Winter ein großzügiges Winterhilfswerk an der Saar aufgezogen werden. Die caritativen Verbände zusammen mit der Sozialabteilung der Deutschen Front wollten sich in den Dienst der großen Sache für die leidenden deutschen Volksgenossen an der Saar stellen.

Wie aus dem jetzt veröffentlichten Briefwechsel zwischen den caritativen Verbänden und der Regierungskommission hervorgeht, hatten sich die beteiligten Stellen bereits Mitte September an die Regierungskommission mit der Bitte um Genehmigung der Sammlungen für das Winterhilfswerk gewandt. Nach wochenlangem Schweigen erteilte die Regierungskommission einen abschlägigen Bescheid mit der eigenartigen Begründung, daß sie sich im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung auf den grundsätzlichen Standpunkt stellen müßte, keine Sammlung zu einem Winterhilfswerk zu genehmigen, dessen Träger oder Mitträger eine an der Abstimmung beteiligte politische Organisation sei.

Es muß daher merkwürdig berühren, daß der ablehnende Bescheid der Regierungskommission mit politischen Gesichtspunkten begründet wird, obwohl es sich bei der Durchführung des Winterhilfswerkes um eine rein caritative Angelegenheit handelt. Sinn und Zweck des Winterhilfswerkes an der Saar wie im Reiche ist einzig und allein, die Not der Aermsten zu lindern, zumal von dem Winterhilfswerk des Saargebietes wie stets alle notleidenden Saarländer ohne Rücksicht auf die politische Einstellung erfaßt werden sollten. Auf den ersten abschlägigen Bescheid der Regierungskommission hin hatten sich dann die caritativen Verbände allein an die Regierungskommission gewandt. Bis heute ist ihr am 5. Oktober gestellter Antrag ohne jede Beantwortung geblieben.

Bei dem abgelehnten Winterhilfswerk handelte es sich um die Versorgung von rd. 180 000 Volksgenossen. Es hatte am 1. Oktober beginnen sollen.

Das französische Kabinett vor einer neuen Krise?

Der Verfassungsreformplan Doumergues und die Parteien.

(!) **Paris,** 20. Oktober.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die französische Regierung schon in den allernächsten Tagen eine neue Krise zu lösen haben wird. Der Arbeitsminister Marquet wird von seiner Partei, den Neusozialisten, vor die Entscheidung gestellt, entweder die Regierung oder die Partei zu verlassen. Die Neusozialisten begründen ihren Standpunkt damit, daß die Politik des Burgfriedenskabinetts seit einigen Monaten eine den Grundsätzen der Partei widersprechende Richtung eingeschlagen habe.

Am Freitag trat das Parteibüro zusammen, um die Sitzung des Nationalrates der Partei, die am Sonnabend und Sonntag stattfindet, vorzubereiten und bei der gleichen Gelegenheit den Arbeitsminister zu hören. Der Abgeordnete Renaudel der der Wortführer der Opposition ist forderte den Minister auf, sein Amt sofort zur Verfügung zu stellen, was Marquet aber mit Entrüstung ablehnte. Der Arbeitsminister erklärte, er sei zwar entschlossen, seinen Rücktritt einzureichen, aber man müsse es ihm anheimstellen, den geeigneten Zeitpunkt zu wählen. Er könne auf keinen Fall im Augenblick die Regierung verlassen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man aber mit Sicherheit an, daß der Arbeitsminister sich eher aus der Partei ausstoßen lassen wird, als auf die weitere Mitarbeit in der Regierung zu verzichten.. Praktisch würde sich der Austritt Marquets aus der Partei nicht auswirken. Denn von den 29 Abgeordneten, die die Partei in der Kammer zählt, haben 27 von jeher gegen das Kabinett Doumergue gestimmt. Ein endgültiger Beschluß wird aber kaum vor Sonntag gefaßt werden, da nur der Nationalrat der Partei über die notwendigen Vollmachten verfügt.

Am 6. November tritt das französische Parlament (Kammer und Senat) zu seiner außerordentlichen Tagung zusammen, während der in der Hauptsache der Haushaltsplan beraten werden soll. Weiter werden hierbei die beiden Kammern auch über eine Vorlage der Regierung zu beschließen haben, ob die Nationalversammlung nach Versailles einberufen werden soll.

Wie in gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen hierzu verlautet, sollen die gestern im Kabinettsrat versammelt gewesenen Minister sich grundsätzlich dahin geeinigt haben, daß die Nationalversammlung zur Reform der Verfassung in der zweiten Novemberhälfte nach Versailles einberufen werden soll. Man rechnet mit einer heftigen Aussprache über die Vorlage zur Einberufung der Nationalversammlung, da im Senat die Abneigung gegen eine allzu autoritäre Regierung zuzunehmen scheint. Das Recht, bei der Auflösung der Kammer mitzusprechen, scheinen sich die meisten Senatoren nicht beschneiden lassen zu wollen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, der radikalsozialistische Abgeordnete Paul Bastid, äußerte sich in nicht mißzuverstehender Weise zu den Absichten des Ministerpräsidenten, der Regierung durch eine Verfassungsänderung größere Autorität zu verleihen. Frankreich sei, so sagte er, vor den Generalitäten in Auvilles, ein zu altes Land als daß hier Methoden politischer Knechtschaft Fuß fassen könnten. Es wünsche wohl, daß die Federn des Staates, die im Verlauf der Zeit schlaff geworden seien, wieder gespannt würden; es nehme aber keine schiedsrichterliche Autorität an. Nur gemeinsame Anstrengung und die freiwillige und nicht aufgezwungene Disziplin eines Volkes könne eine Besserung bringen. Wenn die Arbeiten der französischen Einrichtungen nicht immer den Hoffnungen und Wünschen entsprochen hätten, so sei das Volksganze daran schuld. Man müsse sich aber in erster Linie vor autoritären Methoden hüten, die angeblich neu seien und die in Wirklichkeit längst durch die der eigenen französischen Geschichte verurteilt seien.

Der „Excelsior" glaubt zu wissen, daß sich Doumergue unter Umständen bereit erklären werde, gewisse Aenderungen an seinem Verfassungsreformplan vorzunehmen. Im übrigen mache er aber sein Verbleiben an der Spitze der Regierung immer noch von der Annahme der Verfassungsänderung abhänglg.

Erinnerungsfeier an die Völkerschlacht.

DNB **Leipzig,** 19. Oktober.

Die erste Erinnerungsfeier an die Völkerschlacht bei Leipzig in der Krypta des Völkerschlachtdenkmals war eine erschütternde und zugleich erhebende Veranstaltung. Am Sockel des Denkmals stand ein Doppelposten des Reichsheeres. Zu Füßen des Heiligen Michael war das mit Tannen bekränzte Bild des Eisernen Kreuzes angebracht.

In der Krypta sprach der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Gördeler. Am 18. Oktober 1813, so führte er u. a. aus, leuchtete die Sonne der Freiheit durch den Nebel der Knechtschaft und der Unterdrückung. Wir erinnern uns daran durch dieses Denkmal, in dem wir stehen. In dieser Erinnerung liegt die Erkenntnis, daß die Völkerschlacht noch nicht vom einigen deutschen Volke geschlagen werden konnte. Aber sie war eine Schlacht zur Vorbereitung der Einigung der Volksstämme unseres Vaterlandes. Die auf diesem Schlachtfelde das Leben für uns geopfert haben, waren unsere Urgroßväter. Dieses Denkmal wird uns allen eine große und ernsthafte Mahnung sein, den Vorkämpfern, die sich um unsertwillen einsetzten, Dankbarkeit und Treue zu bewahren.

Die Feier war umrahmt von Gesangvorträgen des Schubertbundes. Auch eine Kapelle des Reichsheeres wirkte mit.

Das Ehrenzeichen des 9. November für eine Frau.

DNB **München,** 20. Oktober.

Die als stille Kämpferin der NSDAP mit Opfermut und Treue wirkende bekannte Schwester Pia hat der Führer durch eine besondere Ehrung erfreut. In der Dienststellung der Obersten SA-Führung wurde Schwester Pia das Ehrenzeichen des 9. November 1923 überreicht. Als einzige Frau darf sie dieses Ehrenzeichen tragen, das sie sich durch ihre nimmermüde Hilfe im Dienste der NSDAP verdiente.

Die SA beim Winterhilfswerk.

Ein Befehl Lutzes.

Berlin, 20. Oktober.

Der Chef des Stabes der SA hat folgenden Befehl erlassen:

„Der Führer hat das ganze deutsche Volk zum Winterhilfswerk 1934/35 im Kampf gegen Hunger und Kälte zur Unterstützung der armen deutschen Volksgenossen aufgerufen. Alle Reichs- und Staatsbehörden, die Gliederungen der Partei wirken bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen mit. Es ist selbstverständliche Pflicht, wenn der Führer ruft, daß seine SA zum Gelingen dieses Hilfswerkes beiträgt und mitarbeitet — daher verfüge ich:

Der Einsatz der SA erfolgt im Benehmen und mit Aufforderung des Reichs-, der Gau-, der Kreis- und Ortsbeauftragten des WHW. Die Fürsorgereferenten bei den einzelnen Einheiten der SA nehmen als Verbindungsführer der SA mit den Gau-, Kreis- und Ortsbeauftragten des WHW die Mithilfe der SA auf. Diese Verbindungsführer haben zugleich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß vor allen Dingen alle notleidenden, arbeitslosen und bedürftigen SA-Männer, Rentenempfänger der SA sowie deren Angehörige bei der Zuteilung von Spenden berücksichtigt werden.

Im übrigen erstreckt sich die Mithilfe der SA für das WHW auf folgende Gebiete:

1. Die SZ und MZ der SA haben sich auf Wunsch der einzelnen örtlichen Beauftragten des WHW in gleicher Weise wie Reichswehr, Schutzpolizei usw. zum kostenlosen Spielen von Stadtmusiken und sonstigen Veranstaltungen des WHW zur Verfügung zu stellen.

2. Auf Aufforderung der Beauftragten des WHW sollen SA-Männer als Sammler für das WHW zur Verfügung gestellt werden, jedoch müssen die Sammler in Zivil auftreten. Ich verbiete ausdrücklich jedes Sammeln im SA-Dienstanzug. Lediglich soweit Reichswehr und Schutzpolizei als Begleiter von Fahrzeugen Kleider- und Lebensmittelspenden zusammenholt, können SA-Männer im Dienstanzug als Fahrzeugbegleiter teilnehmen.

3. Arbeitslose SA-Männer sollen auf Anforderung zur Verladung und Entladung von Lebensmittelspenden, Getreide, Kartoffeln usw. in Stadt und Land abgestellt werden. Für solche Dienstleistung wird Fahrgeld und Verpflegung vom WHW vergütet.

4. Bei Werbeumzügen des WHW können SA-Abordnungen in geschlossener Formation teilnehmen.

Im übrigen sind die mit der Durchführung des WHW Beauftragten durch die SA weitgehend zu unterstützen.

Die Verbindungsführer der SA bei den Beauftragten des WHW regeln mit den Führern der Dienststellen der SA die Abstellung angeforderte SA-Männer.

Diese Verfügung ist beschleunigt durch alle SA-Dienststellen den SA-Männern bekannt zu geben."

Teilgeständnis des verhafteten Danziger Schulrats.

DNB **Danzig,** 19. Oktober.

Zu der Verhaftung des Oberregierungsrates Behrendt teilt die Pressestelle des Danziger Polizeipräsidiums noch folgendes mit: „Der Danziger Staatsangehörige Oberregierungs- und Schulrat Josef Behrendt, der als Referent beim Danziger Senat, Abt. für Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen (Schulverwaltung) tätig war, wurde am 14. d. Mt. durch Beamte der Politischen Polizei in seiner Wohnung wegen dringenden Verdachts schwerer Amtspflichtverletzungen festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Oberregierungs- und Schulrat Behrendt hat sich wiederholt hinter dem Rücken seiner vorgesetzten Behörde mit einem höheren Beamten einer auswärtigen Macht getroffen und diesem pflichtwidrig berufliche Vorgänge vertraulichen Charakters mitgeteilt. Die letzte dieser Zusammenkünfte fand auf Veranlassung des anderen Teiles am 13. d. Mts. von 20 bis 22 Uhr im Hotel „Centralny" in Gdingen statt.

Behrendt wurde dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Gegen ihn ist wegen dringenden Verdachtes des Vergehens gegen die §§ 93b und 353b Str. G. B. Haftbefehl erlassen und die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet. Wie hierzu das Deutsche Nachrichtenbüro noch mitteilt, ist erwiesen, daß Behrendt in Gdingen einem polnischen Legationsrat über Anordnungen der Danziger Schulverwaltung, die er als hoher Danziger Beamter streng geheimzuhalten hatte, Bericht erstattet hat. Behrendt hat inzwischen in der Voruntersuchung auch schon ein Teilgeständnis abgelegt.

Kaiblinger nicht ermordet?

DNB **Wien,** 19. Oktober.

Amtlich wird verlautbart: Entgegen der ursprünglichen Annahme über den Tod des Bürgermeisters Alois Kaiblinger ist auf Grund des gerichtsärztlichen Gutachtens festgestellt, daß der Tod des Bürgermeisters nicht durch fremde Hand herbeigeführt wurde, sondern daß es sich um einen Unglücksfall handelt, der auf eine schwere mit heftigen Magenbeschwerden verbundene chronische Erkrankung des Verstorbenen zurückzuführen ist.

Trotzdem wollen in der Bevölkerung die Gerüchte nicht verstummen, daß doch ein Mord vorliege, zumal die Ostmärkischen Sturmscharen eine Traueranzeige ausgegeben haben, die mitteilt, daß ihr Mitglied und Führer Alois Kaiblinger „von ruchloser Mörderhand" gefallen ist. Diese Traueranzeige erschien auch in dem Organ der Ostmärkischen Sturmscharen „Sturm über Oesterreich".



Neuer Uniform der Luftpolizei.

Auf Grund eines Erlasses des Luftfahrtministers erhalten die Beamten der Luftaufsicht (Luftpolizei) eine neue Uniform, die sich an diejenige des DLV. anlehnt. Die Luftpolizei hat jedoch einen hellgrünen Kragenspiegel mit einem Ringkragen, der das Hoheitsabzeichen und die Aufschrift „Reichs-Luftaufsicht" trägt.

Präsident Zaimis wiedergewählt.

DNB **Athen,** 20. Oktober.

Die griechische Nationalversammlung nahm am Freitag die Präsidentenwahl vor. Dabei wurde der bisherige griechische Staatspräsident Zaimis mit 197 von 330 Stimmen wiedergewählt. General Kallaris erhielt 18 Stimmen und der Präsidentschaftskandidat Gonatas eine Stimme. Zwei Stimmen waren ungültig und 112 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

1,3 Millionen Jugendliche kommen Ostern in die Berufe.

Berlin, 20. Oktober.

Im Sitzungssaale der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fand am Freitag mittag eine Pressebesprechung über die wichtige Frage der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für die im nächsten Frühjahr zur Entlassung kommende Schuljugend statt. Vizepräsident Dr. Krahler erklärte u. a.: Die Berufsberatung hat die Aufgabe, den jungen Menschen beim Verlassen der Schule in solche berufliche Bahnen zu lenken, daß später die Nachfrage nach Arbeitskräften wirklich gedeckt werden kann. In verschiedenen Zweigen der Industrie ist mit zunehmender Verminderung der Arbeitslosigkeit immer lauter der Ruf nach beruflich gut ausgebildeten Facharbeitern vernehmbar. Der Redner wandte sich an alle Lehrherren und Lehrmeister, Betriebsinhaber und Betriebsleiter im Namen der deutschen Jugend, Lehr- und Ausbildungsplätze bereitzustellen. Mehr als 600000 Knaben und 600000 Mädchen würden Ostern 1935 aus den Schulen entlassen. Dazu kämen 100 000 Abgänge von mittleren und höheren Lehranstalten.

100000 Mark-Gewinn fällt nach Bayern.

DNB **Berlin,** 20. Oktober.

Der Hauptgewinn der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel am 2. Tage der Ziehung zur 1. Klasse auf die Nr. 277 041. Die Nummer wird in der ersten Abteilung in Achtellosen in Bayern, in der zweiten Abteilung ebenfalls in Achtellosen in Bayern gespielt.

Rasmus, der Hellseher.

Der „Gegenwart größter Psychologe" vor Gericht.

DNB **Weimar,** 19. Oktober.

Vor der Weimarer Strafkammer begann am Freitag der Prozeß gegen den im Jahre 1888 in Ostpreußen geborenen sogenannten „Psychographologen" Albert Gillmeister alias Rasmus, der in Weimar beim Betruge auf frischer Tat gefaßt worden war. Gillmeister unterhielt ein „Graphologisches Beratungsinstitut" in Berlin, von wo aus er sehr große Teile Deutschlands bereiste. So war er u. a. tätig in Gollnow, Naugard, Altdamm, Delitzsch und Schkeuditz bei Leipzig und kam im Dezember 1933 nach Weimar, wo seiner einträglichen Tätigkeit als der „Gegenwart größter Psychologe und Hellseher" — er hatte in wenig mehr als zwei Stunden 125 Mark verdient — ein Ende gesetzt wurde.

Die Anklage wirft ihm Betrug zum Nachteil des Volkes vor. Gillmeister ist vielfach vorbestraft, u. a. auch schon wegen Wahrsagebetruges im Jahre 1930. Das Verfahren mußte aber damals mangels Beweises eingestellt werden.

Rizinus als Erziehungsmittel.

$ **Edwardsville** (Pennsylvania), im Oktober.

Die hiesigen Polizeibehörden haben drastische Maßnahmen eingeführt, um die Jugendlichen Edwardsvilles vor den Gefahren der Nacht zu bewahren. Sie haben angeordnet, daß Kinder unter 14 Jahren nach 9 Uhr abends nicht mehr die Straße betreten dürfen. Um dieser Anordnung Wirksamkeit zu verleihen, wurde weiterhin verfügt, daß die in den Straßen patrouillierenden Polizisten in den Abend- und Nachtstunden eine Flasche Rizinusöl mit sich führen. Treffen sie nach 9 Uhr abends ein Kind auf der Straße an, so haben sie ihm ordnungsgemäß einen guten Schluck dieses bei Kindern besonders unbeliebten Hausmittels zu verabreichen. Die Stadtväter Edwardsvilles sind überzeugt, daß sie mit dieser Maßnahme in jeder Hinsicht einen durchschlagenden Erfolg erzielen werden.

